

# ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ **Steuer-**  
**konzepte**  
 Seite 2 >>>

◀ **Ein Interview-**  
 Lesen Sie auf  
 Seite 3 >>>

◀ **Neues im Ort**  
 Berichte auf  
 Seite 5 >>>

## LINKE will kommunal- freundliche Politik

**Dr. Dagmar Enkelmann**



Ohne eine bürgernahe Kommunalpolitik ist DIE LINKE nicht vorstellbar. Ich selbst bin seit 1998 Stadtverordnete in Bernau und Vorsitzende der Stadtfraktion der LINKEN. In den

Gemeinden und Städten findet, wie es so schön heißt, das wahre Leben statt. Kommt die Kita in Not, wird die Schule wegen baulicher Mängel gesperrt oder fahren Bahn und Bus nicht, trifft das die Bürgerinnen und Bürger sofort. Als Kommunalpolitikerin mit Leib und Seele ärgern mich solche Zustände.

Die Bundesregierung feiert ihre Politik als „kommunalfreundlich“. Die tatsächliche Lage ist anders. Zwar hat der Bund z.B. die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernommen, dafür hat Schwarz-Gelb an anderer Stelle - so bei der Städtebauförderung und Gebäudesanierung - erheblich gekürzt. Gänzlich zog sich der Bund aus der Finanzierung der Kosten der Unterkunft zurück.

Kein Wunder, dass die Kommunen 2013 nach wie vor Kassenkredite von 48 Milliarden sowie Schulden von 120 Milliarden Euro vor sich her schieben. Der kommunale Investitionsstau beträgt rund 100 Milliarden Euro. Die Folgen: Für dringende Investitionen fehlt das Geld. Beim Straßenausbau werden erhebliche Eigenbeiträge der Grundstückseigner fällig. So genannte „Freiwillige Aufgaben“ drohen bei vielen Städten, Gemeinden und Landkreise aus den Haushaltsplänen zu verschwinden.

Die versprochene Gemeindefinanzreform fand in dieser Legislatur erneut nicht statt. Die von der Bundesregierung dazu eingesetzte Gemeindefinanzkommission war eine reine Alibiveranstaltung. Die Kommunen haben keine Lobby - außer bei der LINKEN. Sie sorgte im Bundestag dafür, dass wenigstens die kommunalen Spitzenverbände inzwischen ein verbindliches Mitspracherecht bei der Gesetzgebung haben.

DIE LINKE wird nicht locker lassen, wenn es darum geht, die kommunale Finanzausstattung auf eine verlässliche Basis zu stellen und die Kommunen überall dort mitentscheiden zu lassen, wo es unmittelbar um die Interessen der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger geht. Das ist wirklich kommunalfreundlich.

**Protestcamp  
 Neuenhagen**  
 Platz der Republik



Mit insgesamt 30 Teilnehmenden veranstaltete das Linksaktiv Neuenhagen im Juni ein Protestcamp, hier im Gespräch mit dem LINKEN-Landratskandidaten **Bernd Sachse**.

### Links unten

#### DIE LINKE zieht in den Wahlkampf

Wir haben in den letzten Jahren viel in Bewegung gebracht: Sei es der flächendeckende Mindestlohn, sei es die Abschaffung der Praxisgebühr, seien es Steuergerechtigkeit, der Abzug aus Afghanistan, die Diskussion über die Hartz IV-Sanktionen, den Missbrauch von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen und die Angleichung der Ostrenten. Und wir werden nicht locker lassen. Am 16. Juni hat der Bundesparteiabend der Linken in Dresden unser Wahlprogramm „100 Prozent Sozial“ beschlossen und für die nächsten Wo-

chen bis zum Wahltermin am 22. September 2013 hat sich auch die Neuenhagener Linke viel vorgenommen. Wir wollen, dass sich unsere Wählerinnen und Wähler umfassend informieren können. So auch in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift „Ansichten/Aussichten“, in dem wir auf Seite 2 zeigen, welche Wirkungen das Steuerkonzept der Linken hat. Aber auch die Kommunalpolitik kommt nicht kurz. Sie können sich selbst ein Bild über unser Programm machen, dass wir an Infoständen ab Mitte Juni verteilen. Auf unserer Homepage können Sie sich nicht nur über Themen, Personen und Positionen informieren, sondern auch über Möglichkeiten der Briefwahl. Ab August werden wir die bundesweite Wahlkampfzeitung

flächendeckend in die Haushalte bringen. Am 31. August findet das Friedensfest der Linken in Strausberg statt. Unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann wird am 4. September in Neuenhagen sein (Seite 6). Wir freuen uns natürlich auch darüber, wenn Sie unseren Wahlkampf direkt unterstützen wollen. Wer dies erwägt, kann sich an die im Impressum auf Seite angegebene Adresse wenden oder uns eine E-Mail (marian.krueger@linksfraktion.de) schicken.

**Marian Krüger**, Vorsitzender  
 DIE LINKE.Neuenhagen



# Bis 6000 Euro im Monat entlasten, darüber belasten

## Wie unterscheiden sich die Steuerkonzepte der Oppositionsparteien ? Wer wird nach diesen Konzepten wirklich belastet?

Die LINKE will, dass Menschen mit niedrigen Einkommen weniger Steuern zahlen. Wer ein Durchschnittseinkommen von 2500 Euro zu versteuern hat, wird um 100 Euro im Monat entlastet.

Bis zu einem zu versteuernden Monatseinkommen von knapp 6000 Euro soll es Steuersenkungen geben – also bis zu einem Jahreseinkommen von rund 70.000 Euro. Oberhalb davon sollen mehr Steuern gezahlt werden. Vereinfacht kann man sagen: Wer weniger als 6000 Euro im Monat versteuert, wird entlastet. Wer mehr hat, wird belastet.

Um die Entlastungen zu finanzieren, werden Besserverdienende, Reiche und Menschen mit Einkommen in Millionenhöhe wieder stärker zur Kasse gebeten. Einkommensteile oberhalb von 65.000 Euro im Jahr werden mit 53 Prozent als Spitzensteuersatz besteuert. Manche malen Schreckgebilde an die Wand, als ob der „Untergang des Abendlandes“ drohe. Zur Erinnerung: Dieser Steu-

ersatz galt bis 1998 auch unter Kanzler Kohl. Der „Untergang“ droht auch nicht, wenn Einkommensmillionäre 75 Prozent Steuern auf die Einkommenssteile oberhalb einer Million zahlen.

SPD und Grüne haben vor zehn Jahren den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf heute 42 Prozent abgesenkt. Einkommensmillionären werden seitdem Jahr für Jahr 100.000 Euro geschenkt. Mehr als zehn Milliarden Euro fehlen jedes Jahr dadurch für Aufgaben des Staates. DIE LINKE will diese „Reform“ für die Reichen wieder rückgängig machen!

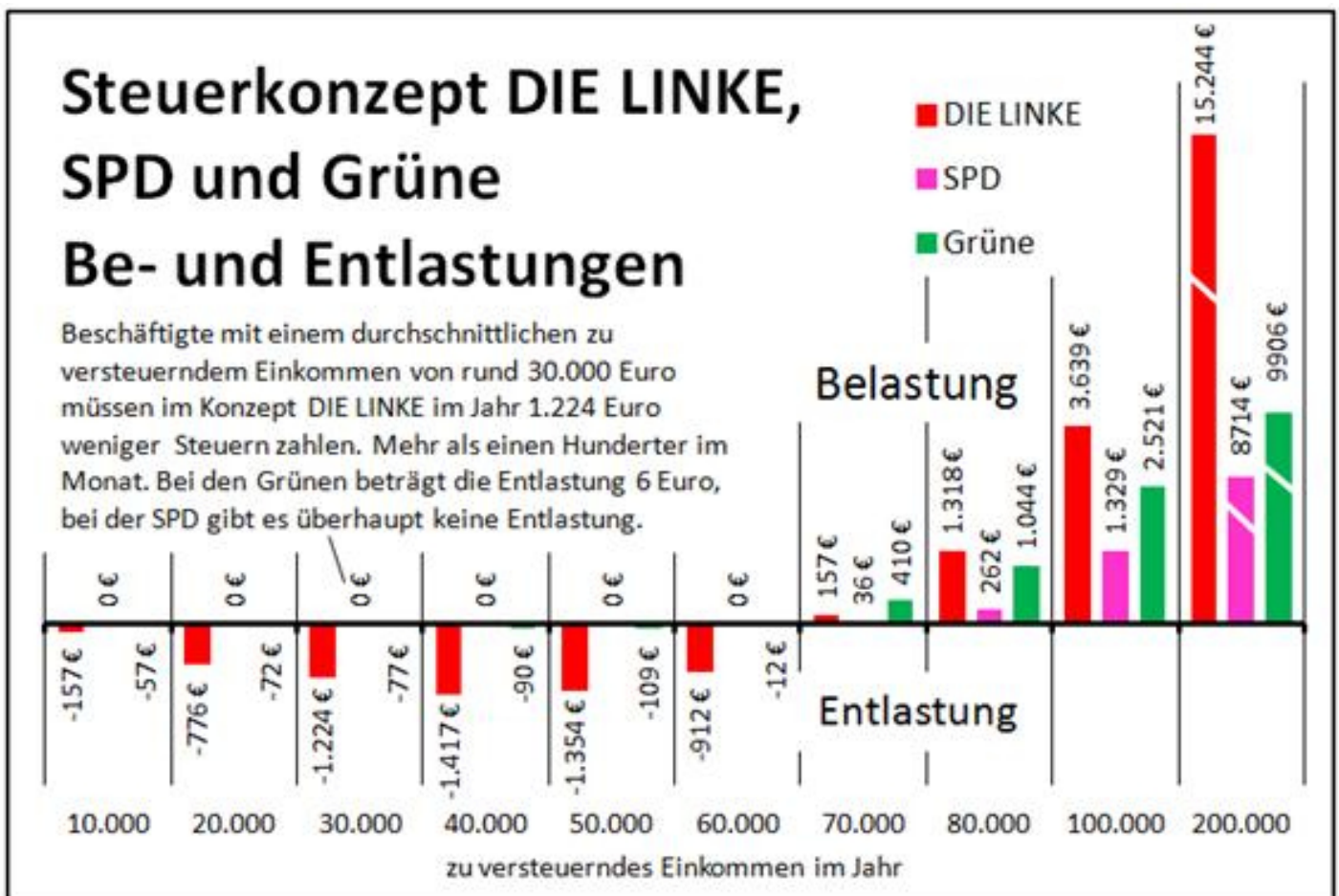
Grüne und SPD haben im Wahlkampf entdeckt, dass sich mehr Steuererechtigkeit gut macht. Deshalb sollen Reiche und Vermögende wieder stärker belastet werden. Den Spitzensteuersatz von zurzeit 42 Prozent wollen sie wieder anheben. Jedoch soll es nicht wieder auf 53 Prozent hinauf gehen, sondern nur auf 49 Prozent. Außerdem sollen Besserverdienende geschont

werden, indem der Spitzensteuersatz erst für Einkommensteile ab einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro bei den Grünen und 100.000 Euro bei der SPD angewandt werden soll. So werden verdeckte Polster für Wohlhabende in das Steuerkonzept eingebaut.

Entlastungen für Menschen mit geringem Einkommen gibt es bei der SPD überhaupt nicht. Alles bleibt beim Alten. Und bei den Grünen sind nur minimale Entlastungen vorgesehen, die praktisch gar nicht spürbar sind. So soll jemand mit einem Durchschnittseinkommen von 2500 Euro im Monat gerade einmal um sechs Euro entlastet werden! Gegenüber den 100 Euro im Konzept DIE LINKE ist dies verschwindend gering.

**Michael Schlecht,**  
Chefvolkswirt der Bundestagsfraktion  
DIE LINKE

<http://www.michael-schlecht-mdb.de/>



# „Wir wollen die Steuern für die meisten Menschen senken“

Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht im Interview. Das vollständige Interview, das dem Magazin der Bundestagsfraktion „Clara“ entnommen ist, finden Sie auf unserer Homepage. Das Interview führte **Ruben Lehnert**.

*Obwohl die Krise bisher an Deutschland weitgehend vorbeigegangen zu sein scheint, explodieren die Staatsschulden und betragen mehr als zwei Billionen Euro. Warum?*

**Sahra Wagenknecht:** Man darf nicht vergessen, dass auch in Deutschland Banken mit Steuergeld gerettet wurden, beispielsweise die IKB, die Hypo Real Estate und die Commerzbank.

**Dietmar Bartsch:** Deutschland hat im Zuge dieser Bankenrettungen Milliardenrisiken übernommen, von denen ein Teil in Schattenhaushalten versteckt wird. Inwiefern diese Risiken haushaltswirksam werden, kann man heute noch überhaupt nicht abschätzen. (...)

*Zusätzlich mehr als 180 Mrd. Euro Steuern im Jahr soll das Konzept der Fraktion DIE LINKE bringen. Müssen sich Bürgerinnen und Bürger vor Steuererhöhungen fürchten?*

**Bartsch:** Nein, denn wir wollen die Steuern für

die meisten Menschen senken. Menschen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis zu 68.000 Euro würden von unserem Steuerkonzept profitieren. Aber große Einkommen wollen wir stärker besteuern als bisher. (...)



**Wagenknecht:** Wer viel Geld verdient, kann auch mehr zahlen als bisher. Übrigens lag der Spitzensteuersatz zu Beginn der Bundesrepublik sogar bei 95 Prozent. (...)

**Bartsch:** Wir wollen außerdem eine Finanztransaktionssteuer einführen und bei der Unternehmensbesteuerung zulegen. Mir liegt besonders eine grundsätzliche Reform der Erbschaftssteuer am Herzen, schließlich werden in den nächsten Jahren rund 2,6 Billionen

Euro vererbt. Deutschland nimmt zurzeit jährlich nur vier Milliarden Euro an Erbschaftssteuer ein. Hätten wir eine Erbschaftssteuer wie in den USA, wäre es zehnmal so viel. (...)

*Ist es nicht sinnvoll, zunächst Steuern wirksamer einzutreiben? Laut Schätzungen entgehen Deutschland wegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht 100 bis 150 Mrd. Euro an Einnahmen pro Jahr.*

**Wagenknecht:** Es ist ein Skandal, dass deutsche Banken, auch solche, an denen der Staat beteiligt ist, reichen Leuten helfen, ihr Geld in Steueroasen zu verstecken. Die Regierung behauptet, man müsse mit der Schweiz oder Luxemburg verhandeln. Die USA haben einen anderen Weg gewählt: Sie haben Kredit- und Finanzinstitute verpflichtet, jede grenzüberschreitende Kontobewegung von US-Bürgern an die

Finanzbehörden zu melden. Wer das nicht tut, muss mit drastischen Strafen rechnen – bis hin zum Entzug der Lizenz. Das hätte die Bundesregierung längst durchsetzen können.

**Bartsch:** Wir brauchen auch mehr Steuerfahnder und mehr Steuerprüfer. Es kann nicht sein, dass viele kleine Unternehmen mindestens alle zwei Jahre von der Steuerprüfung aufgesucht werden, in den großen Unternehmen aber selten geprüft wird.

**Rente:** Das Rentenniveau soll von derzeit knapp 50 auf 53 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens angehoben werden. Jeder Rentner soll mindestens 1050 Euro erhalten. Die Erhöhung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre will die Linke rückgängig machen.

**Reichensteuer:** Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent angehoben werden. Für Einkommen über eine Million Euro sollen sogar 75 Prozent fällig werden. Der höchste Steuersatz liegt derzeit bei 45 Prozent.

**Hartz IV:** Langfristig soll das Hartz-IV-System zur Versorgung abgeschafft werden. In einem ersten Schritt will die Linke Sanktionen beseitigen und den Regelsatz von 382 auf 500 Euro anheben.

**Mindestlohn:** Die Linke setzt sich für einen gesetzlichen Min-

## Auszüge aus dem Wahlprogramm

destlohn von zehn Euro ein, der bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 auf zwölf Euro angehoben werden soll.

**Euro:** Die LINKE bekennt sich zum Euro. »Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein«, heißt es im Programmentwurf.

**Finanzmärkte:** Die Finanzmärkte und Banken sollen wirksam kontrolliert werden. Die LINKE setzt sich für eine Finanztransaktionssteuer und für eine europaweite einmalige Abgabe auf Vermögen über einer Million Euro aus.

**Umwelt, Energie:** Die Energieversorgung soll wieder ganz in die öffentliche Hand gelegt werden. Den öffentlichen Nahverkehr will die Linke mittelfristig kostenfrei anbieten.

**Gesundheit:** Die LINKE will private Krankenkassen abschaffen und eine Versicherung für alle schaffen. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge sollen entfallen.

**Bundeswehr:** Die Bundeswehr soll sofort und bedingungslos aus allen Auslandseinsätzen abgezogen werden.

**Rüstung:** Rüstungsexporte sollen sofort verboten werden. Zudem strebt die LINKE eine Beendigung der Waffenproduktion in Deutschland an. Die Rüstungsindustrie soll auf die Produktion ziviler Güter umgestellt werden.

dpa/nd

## Vom Dresdener Parteitag

berichtet unser Delegierter **Sven Kindervater**

**R**eden wir nicht lange drumrum: Ja, **DIE LINKE** hat sich auf Bundesparteitagen viel gestritten. Ja, sie hat sich dort auch sehr mit sich selbst beschäftigt. Ja, es war nicht klar, ob es **DIE LINKE** schafft, diese Konflikte zu lösen. Aber das hat sie.

Pünktlich zum Wahlkampf möchte man nun ungläubig meinen – aber was soll ich sagen? Es ist einfach so. Fast alle Anträge von den sonst so mächtigen Strömungen verpufften. Oskar Lafontaine versuchte mit aller Macht, seiner Partei einen Anti-Euro-Kurs aufzuzwingen – und hatte nicht eine einzige Fürsprache finden können.

**DIE LINKE** betitelte ihr Programm mit „100% Sozial“ – und fing damit bei sich selber an. So wird's gemacht! Sie hat gelernt, die Pluralität positiv zu nutzen und hat etwas zusammengeschrieben, was schlichtweg überzeugt.

Da ich hier kaum ins Detail gehen kann, möchte ich nur die wärmste Empfehlung aussprechen, reinzuschmökern. Wer nichts verpassen will, liest es einfach

ganz. Fakt ist: **DIE LINKE** steht zu ihrem Wort. Ihre Mitglieder stehen zu ihrem Wort. Nutzen Sie unsere Aktivitäten im Wahlkampf, um mit uns in den Diskurs zu kommen. Für ein friedliche, solidarische, ökologische und demokratische Zukunft.



## DIE LINKE spendet – damit Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsame Ferien erleben

**H** heute war es soweit: Im Namen der Fraktion **DIE LINKE** übergaben der Fraktionsvorsitzende Christian Görke (MdL) und sein Potsdamer Fraktionskollege Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) in Potsdam einen Scheck in Höhe von 5.500 Euro an den Allgemeinen Behindertenverband Brandenburg (ABB) e.V..



Damit unterstützt die Fraktion das Angebot „Erlebnisfreizeiten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen“. Der stellvertretende ABB-Vorsitzende Thomas Kroop nahm gemeinsam mit Geschäftsstellenleiterin Nicole Stäbler den symbolischen Scheck entgegen. Die Mitglieder der Fraktion **DIE LINKE** hatten beschlossen, aus ihrer rückwirkenden Diätenerhöhung 5.500 Euro für das Projekt Erlebnisfreizeiten des Allgemeinen Behindertenverbandes Land

Brandenburg e.V. mit behinderten und nichtbehinderten Kindern zu spenden. Für viele Kinder ist dieses Ferienlager der Höhepunkt in ihren Sommerferien – bereits lange vorher freuen sie sich darauf. Wir bedanken uns auch bei den vielen Helferinnen und Helfern, insbesondere der Vorsitzenden Frau Andrea Peisker, für ihr langjähriges und großes Engagement. Unsere Spende soll dazu beitragen, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung im diesjährigen Sommer wieder gemeinsam Spaß haben und ihre Ferien genießen können.

### Hintergrund:

Ende August 2012 hat der Landtag – nach mehrjähriger Pause (letzte Erhöhung am 18.12.2008) – beschlossen rückwirkend zum 1.1.2012 die Diäten um monatlich rd. 81 Euro und die allgemeine Kostenpauschale um monatlich rd. 11 Euro zu erhöhen. Grundlage waren die Angaben des Statistischen Landesamtes auf der Basis der Entwicklung von 2010 zu 2011 (Einkommensindex bzw. Verbraucherindex). Eine nachholende Erhöhung für die nicht erfolgte Erhöhung in den Jahren 2010 und 2011 erfolgte nicht.

## Hüllen und Inhalte

Oft sind wir im Leben gefordert, zwischen Hülle und Inhalt zu unterscheiden. Und wir freuen uns beim Einkauf eines Produkts, wenn auch „drin ist, was drauf steht“. Bei der Sprache ist das so eindeutig nicht. Im Gegenteil: Eine Hülle – das Wort – kann recht unterschiedliche Inhalte – Begriffe – haben. Nehmen wir zum Beispiel ein Wort, das wir täglich gebrauchen oder zumindest hören: „Europa“. Was gibt es da nicht alles für Inhalte/Begriffe zu dieser Worthülle!

So wird Europa herkömmlich geografisch bis zum Kamm des Uralgebirges begrenzt. Dabei gehört nahezu die Hälfte dieses „gängigen“ Europas zur Russischen Föderation bzw. zu den GUS-Staaten. Im Unterschied dazu setzen viele Politiker Europa mit der Europäischen Union gleich, was dann zum so genannten Europa-Russland-Dialog – ein inhaltlicher Widerspruch in sich – führt.

Oder: 1949 wurde der Europarat gegründet, dem heute 44 Länder angehören. Mit dem Beitritt der Russischen Föderation im Februar 1996 wurde der Europarat zu einer Institution, die im Osten an den Pazifik grenzt! Europa im Sinne des Europarates repräsentiert ein ganz anderes Europa als die EU.

Oder: Zum Europäischen Fußballverband (UEFA), der 49 Staaten umfasst, ist Russland genauso Mitglied wie Aserbaidschan, Kasachstan oder Israel. Dieses Europa ist abermals etwas anderes als das Europa der EU oder das „gängige“ geografische Europa.

Die Beispiele ließen sich – vor allem auch historisch – weiter fortsetzen. Noch differenzierter wäre die Situation, wenn der russische Zar 1867 Alaska nicht für 7,2 Mio. Dollar an die USA verkauft hätte. Dann gehörte der heute größte Bundesstaat der USA noch zu Europa!

Man muss also aufpassen, welchen Inhalt man der Hülle verpasst. Das gilt auch für unzählige Wörter, mit denen viele täglich um sich werfen und deren Inhalte nur scheinbar eindeutig bestimmt sind, für die es also mehrere Begriffe gibt. Dazu gehören auch Freiheit, Demokratie, Nachhaltigkeit, Reform, Ewiggestrige, Armut/Reichtum, Arbeitgeber/Arbeitnehmer, Gerechtigkeit, Solidarität, Extremismus, Terrorismus usw. usf. Besonders in Zeiten von Wahlkämpfen heißt es, auf der Hut zu sein. Nämlich dann, wenn – wie bei Mindestlohn – sich alle Parteien des Bundestages (notgedrungen auch die FDP) dieses Wortes bedienen. Da wäre nicht nur zu fragen, warum sie alle bis vor kurzem **DIE LINKE** deswegen beschimpft und verspottet haben, sondern z. B. auch: Soll Mindestlohn gesetzlich eingeführt werden oder freiwillig, im ganzen Land oder nur regional, für alle oder branchenspezifisch? Kann man davon leben und sich damit eine ausreichende Rente sichern? Soll er gleich nach der Wahl eingeführt werden oder auf die lange Bank geschoben werden? Fragen über Fragen...

**Dr. Bernd Raum**

## Wessen Andenken geehrt werden muss

von **Sven Kindervater** und **Marian Krüger**

Vor einiger Zeit legte die Gemeindeverwaltung eine Vorlage zur Erneuerung der Kriegsgräberstätte auf dem Kirchhof in der Carl-Schmücke-Strasse vor. Dort ruhen 51 Tote, darunter 9 Soldaten, die nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen am 22. April 1945 auf unterschiedliche Weise ums Leben gekommen sind. Bei vielen ist nicht geklärt, wie Ihnen soll nun als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedacht werden. Darunter ist auch der letzte NSDAP-Chef von Neuenhagen, Paul Gottschalk, der von den sowjetischen Truppen umgebracht worden ist, wie es heißt.

Für uns steht außer Zweifel, dass alle diese Toten, eine würdige Ruhestätte verdienen. Das ist eine humanitäre Frage. Eine politische Frage ist die Art und Weise des

Gedenkens und der Umgang mit der Ortsgeschichte. Hier geht es um mehr, als um die Kriegsgräber. Welches Andenken soll geehrt werden? Wessen soll gedacht werden?

In der unter Bürgermeister Klaus Ahrens 1996 herausgegebenen Ortschronik wird sachlich dargelegt, welchen Anteil die sowjetische Besatzmacht am Wiederaufbau der Gemeinde hatte. Dies bleibt ein Maßstab. Für die in Neuenhagen gefangen gehaltenen Zwangsarbeiter war der Tag, an dem die sowjetischen Truppen die Gemeinde erreichten, ein Tag der Befreiung. Ebenso wie für die Neuenhagener Antifaschisten, die sich unmittelbar nach dem Kriegsende in den Dienst des Neubeginns stellten. Fritz Schulz (SPD) und Karl Hoffmann (SPD) waren die ersten durch die sowjetische Kommandantur eingesetzten Bürgermeister. Am 24. April 1945 wurden aus dem Zuchthaus Brandenburg Franz Mörücke und Paul Grascha (KPD) befreit.

Sie und andere Antifaschisten, die bereits vor 1933 eine aktive Rolle in der Gemein-

depolitik gespielt haben, übernahmen nun die Verantwortung, packten an beim Wiederaufbau der Schulen, der Gesundheitsversorgung, der kommunalen Selbstverwaltung. Sie sollten geehrt werden. Ehrendes Gedenken verdienen die jüdischen Mitbürger, die in der Zeit des NS-Regimes verfolgt und ermordet wurden.

Erinnert werden muss an die 46 Prozent der Neuenhagener, die bei den Reichstagswahlen 1933 NSDAP wählten und die sich einige Jahre später für ein „judenfreies“ Freibad bedankten. Erinnert werden muss an die Rolle Neuenhagens im Krieg als Standort der Rüstungsproduktion.

Das alles gehört zu unserer Geschichte, in der es in der Tat Einiges gibt, das ehrendes Gedenken verdient. Der Nazi Gottschalk nicht.

Wir finden es richtig, dass Bürgermeister Jürgen Henze dafür gesorgt hat, dass die Vorlage zur Kriegsgräberstätte wieder zurückgezogen worden ist, damit eine qualifizierte Debatte zur deren Gestaltung geführt werden kann.

## Der neue Entwurf des Bebauungsplans Bollensdorf

- kommentiert von **Ulrich Broniecki**

Die Gemeindeverwaltung hat einen neuen Entwurf des Bebauungsplans „Dorfkern Bollensdorf“ vorgelegt, er kann bis zum 23.08.2013 im Rathaus eingesehen werden. Auf den ersten Blick fragt man sich, warum nach wenigen Jahren schon wieder ein neuer Plan nötig ist. Schaut man ihn sich aber genauer an, dann sieht man deutliche Unterschiede zum Plan von 2009 sowie seiner Anpassung 2011, die im Wesentlichen auf zwei Punkte hinauslaufen.

Zum einen haben die Gemeindevorteiler in diesem Jahr beschlossen, dass die Schule am Schwanenteich nach einer notwendigen Rekonstruktion zurück in die Gebäude der ehemaligen Puschkin-Schule nördlich der Dorfstraße zieht. Damit ändern sich die Zweckbestimmung für das betrachtete Gebiet auf „soziale Einrichtung (KITA)“ und „Kultur“ sowie die Nutzungsbedingungen, und viele Befürchtungen von Anliegern bezüglich des zu erwartenden Verkehrs und Lärms entfallen.

Zum anderen hat die Gemeindeverwaltung die damals vorgebrachten Bedenken und An-

regungen geprüft. Im Ergebnis wurden der Geltungsbereich geändert und ökologische Gutachten eingeholt und berücksichtigt.

Allerdings sind die Art und Nutzung des im Gebiet geplanten Sportplatzes noch nicht genau genug bestimmt. Neben der unstrittigen Nutzbarkeit für den Schulsport prüft die Verwaltung auch die öffentliche Benutzung. Sollten hierfür nicht ein strenger Rahmen festgelegt werden, muß mit erneuten Einsprüchen wegen Lärmbelästigung gerechnet werden.

Nach einer Diskussion über die vorliegenden Dokumente und einer Beratung mit dem Vorsitzenden des Bürgervers Bollensdorf hat die Fraktion der Auslegung des Plans mehrheitlich zugestimmt, da er die Flächen für den Gemeindebedarf sichert und da wesentliche Schwachstellen des vorigen Plans beseitigt wurden. Allerdings gab es auch eine Stimme gegen den Plan - sie gibt der Forderung an die Verwaltung zu einer präzisen Festlegung über die Nutzung des Sportbereiches Ausdruck.

## Neuenhagen soll einen Biomarkt bekommen

- ein Bericht von **Sven Kindervater**

Wenn es um die Entwicklung Neuenhagens geht, steht für viele fest, dass dies nicht ohne einen starken Einzelhandel geht. Gemeint sind u.a. Läden, die voneinander profitieren und Menschen in unsere Gemeinde bringen und zum Verweilen anregen.

Auf der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde nun darüber diskutiert, ob sich entlang des Rosa-Luxemburg-Damms ein Biomarkt ansiedeln soll. Angefragt hatte dies ein Investor, welcher das angedachte Gebäude vermieten würde und nun, bevor er größere Summen ins Spiel bringt, eine generelle Zustimmung seitens der Gemeinde erfragte.

Diese gab ihr grünes Licht, wenn auch mit einigen Gegenstimmen, womit jetzt der Investor in der Pflicht steht, die Machbarkeit durch ein von ihm bezahltes Planungsbüro darzulegen. Es gab nämlich zwei Bauchschmerzen: Zum einen, ob der Verkehr vor Ort

eine weitere Auffahrt verträgt, zum anderen stieß die Zahl von 1500m<sup>2</sup> Verkaufsfläche auf Unverständnis ob der ungewöhnlichen Größe für eine Gemeinde.

Dazu gilt es aus unserer Sicht folgendes zu sagen: Es stimmt, dass es eines schlüssigen Verkehrskonzeptes bedarf, ohne welches die Gemeinde nicht endgültig zustimmen sollte - allerdings sollte sie jetzt nicht von vornherein ablehnen.

Ebenso mögen 1500m<sup>2</sup> zunächst groß klingen, aber man bedenke: Geplant sind auf dieser Fläche zwei Biomarktketten plus freie Fläche für kleine Stände; dazu kommt, dass überall mittlerweile mit deutlich breiteren Gängen gebaut wird.

Am Ende können wir uns freuen, wenn bald ein schlüssiges Konzept vorgelegt werden kann, welches Neuenhagen um einen vielfältigen Biomarkt mit Wirkung in die Region bereichert.

Mit der erneuten Auslegung des Plans und der geforderten Einwohnerversammlung erhal-

ten alle Bürger wieder die Möglichkeit, an der Gestaltung der Gemeinde mitzuwirken.

## Heute: Lyrik im Wahlkampf ?

dass Kurt Tucholsky schon vor 85 Jahren die Wahlparolen der etablierten Staatsparteien entlarvte und damit auch ein aktuelles Bild der Bundestagswahlen 2013 zeigte. Er tat dies in einem satirischen Gedicht zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928.

Was denn – mag so mancher jetzt denken – schon wieder Lyrik im Wahlkampf der Linken? Ja! – wenn doch die Strophen so aktuell sind, dass man fast glauben könnte, Geschichte wiederholt sich.

### Vor und nach den Wahlen.

*Auch diesmal muss alles ganz anders werden!*

*Diesmal: endgültiger Originalfriede auf Erden!*

*Diesmal: Aufbau! Abbau! und Demokratie!*

*Diesmal: die Herrschaft des arbeitenden Volkes wie noch nie!*

*Sprechen wird aus der Urne die große Sphinx:  
Die Wahlen ergeben diesmal einen Ruck nach links.*

*Und dann werden sie unter langem Parlamentieren  
zunächst diesen Ruck nach links konstatieren.*

*Damit es aber kein Unglück gibt  
in der himmlischsten aller Welten  
und damit sich die Politiker nicht am Zug der Freiheit erkälten,  
und überhaupt zur Rettung des „industriellen Junkergeschlechts“  
machen nach den Wahlen die Parteien einen Ruck nach rechts.*

*Auf diese Weise geht in dem deutschen Reichstagshaus  
alle Gewalt nämlich vom Volke aus.*

Und wer da mit einem Ruck durch Deutschland gerettet werden soll, dass könnte man ja für 2013 noch ein bisschen aktualisieren.

### Aus dem Terminkalender von Dr. Dagmar Enkelmann (MdB):



31. Juli,  
**Strausberg**, 14.40 Uhr, Debatte mit Seniorinnen und Senioren, Seniorenresidenz „Am Straussee“, Drosselweg 5;

9. August,  
**Seelow**, 19 Uhr, Kultursommernacht, Puschkinplatz/Alte Dampfbäckerei;

15. August,  
**Petershagen/Eggersdorf**, 10 Uhr, Sprechstunde unter freiem Himmel, **Eggersdorf Markt**; 11.15 Uhr, Sprechstunde unter freiem Himmel, Grüner Markt;  
**Hönow**, 12.30 Uhr, Sprechstunde unter freiem Himmel, Mahlsdorfer Str./U-Bahnhof;

19. August,  
**Strausberg**, 18 Uhr, Eröffnung Ausstel-

lung, „Rosa Luxemburg in der Kunst“, LinksTreff, Wallstr. ;

21. August,  
**Strausberg**, 18 Uhr, Bürgervereine fragen Bundestags-Kandidaten, Jugendsporthaus, Wriezener Str. 30d,

4. September,  
**Neuenhagen**, 11.30 Uhr, Sprechstunde unter freiem Himmel, Sparkasse, Ernst-Thälmann-Str. 4; 13 Uhr, Sprechstunde unter freiem Himmel, Schäferplatz; 18 Uhr, Abendveranstaltung mit TrioSCHO, 18 Uhr;

## Unsere Buchtipps für Sie



**20 Quadratmeter Startbahn oder Wie ich den Flughafen verhinderte**

ISBN 978-3-359-02382-1

96 Seiten  
sofort lieferbar

5,99 € / eBook 4,99 €

Der neue Flughafen kommt! Doch was wäre, wenn Familie Ungerath ein kleines Grundstück mitten auf der geplanten Startbahn gehörte – und Familie Ungerath will es nicht hergeben: nicht verschenken, nicht verkaufen und nicht tauschen ... Eine übermütige und groteske Geschichte über den Kampf von David gegen Goliath, ... (Textquelle: Eulenspiegelverlag).



**Gregor Gysi  
Wie weiter?**

ISBN 978-3-360-02164-9

192 Seiten

Das Land steckt in der Krise. Im Chinesischen besteht das Wort »Krise« aus zwei Schriftzeichen. Das eine heißt »Gefahr«, das andere »Chance«. Der

Optimist Gregor Gysi glaubt wie Obama: Das Beste kommt noch. Er sieht Chancen, die sich aus den Veränderungen im Lande ergeben, und thematisiert Probleme, die andere nur stiefmütterlich behandeln: die soziale Zerklüftung der Gesellschaft, die Militarisierung der Außenpolitik, die Vernachlässigung ganzer Regionen ... Gysi spricht diese und andere existenzielle Fragen an und sucht nach Auswegen...

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:  
dienstags von 13 - 18 und sonabends nach Vereinbarung



### Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN  
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Marian Krüger  
c/o Bürgerbüro  
Ernst-Thälmann-Str. 33  
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.